

WIRTSCHAFTSFORUM Jürg Domenig über die Hochpreisinsel Schweiz

Faire Preise für alle

Hotelleriesuisse hat in seiner 134-jährigen Geschichte mit der Fair-Preis-Initiative erstmals eine Initiative lanciert. So durfte auch ich die Erfahrung des Unterschriftensammelns auf der Strasse erleben und habe gestaunt, wie einfach es war, die Aufmerksamkeit der Passanten zu wecken. Auf die Frage «Meinen Sie nicht auch, dass wir in der Schweiz zu hohe Kosten haben?» hat jeder angehalten, aufmerksam zugehört und fast jeder unterschrieben. Die Schweizer Wirtschaft wird durch sinnlos hohe Preise ausländischer Produkte drangsaliert, ohne dass die Politik dagegen etwas unternimmt. Das Beispiel der Nivea-Crème, die bei uns 164 Prozent mehr kostet als in Deutschland, ist allgemein bekannt. Eine Varta-Auto-

batterie ist 214 Prozent teurer und das Windows 10 Professional von Microsoft 158 Prozent.

Ärgerlich ist, wenn die Preise künstlich hochgehalten werden, indem marktmächtige Konzerne Importe behindern und auf importierten Produkten «Schweiz-Zuschläge» durchsetzen. Genau das machen internationale Konzerne mit Importhürden und mit der Abschottung der Vertriebsysteme in der Schweiz. Leider schreitet die Wettbewerbskommission nur ein, wenn mehrere Unternehmen Wettbewerbsabreden treffen. Unterbindet dagegen ein einziges Unternehmen Einkäufe im Ausland, hat das kaum je Konsequenzen.

Die Fair-Preis-Initiative würde eine Win-win-Situation für alle schaffen – mehr Kaufkraft für den Endkonsumenten und günstigere Einkaufspreise für fast alle in den Wirtschaftskreislauf involvierten Unternehmungen. End-

lich würde ein wichtiges Argument für den Einkaufstourismus fallen, wodurch Schweizer Unternehmungen jährlich zehn Milliarden Franken entgehen. Was wären die Folgen für die Hotellerie?

Die Branche hätte in praktisch allen Bereichen der Vorleistungen tiefere Preise und könnte damit von günstige-



«Die Wirtschaft wird durch sinnlos hohe Preise drangsaliert»

ren Markengetränken, Non-Food-Artikeln, Weinklimaschränken und Eismaschinen direkt profitieren. Die Löhne als mit Abstand grösster Kostensockel von fast 45 Prozent vom Gesamtertrag würden bei der Umsetzung der Initiative zwar nicht sinken. Doch immerhin

nähme der Lohndruck wegen der tiefen Lebenshaltungskosten der Mitarbeitenden ab. Vor allem könnte sich die Branche die höheren Löhne eher leisten, wenn Güter zu tieferen Preisen eingekauft werden könnten.

«Gleich lange Spiesse» ist ein abgedroschener Vergleich, aber für unsere Hotellerie überlebenswichtig. Aufgrund der Standortgebundenheit zur schönen und lebenswerten Schweiz gibt es für die Branche im Gegensatz zur Industrie keine Optionen, die Produktion ins Ausland zu verlegen. Um die Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu sichern, ist jede einzelne Massnahme wichtig, die am Kostensockel der Hochpreisinsel Schweiz schleift. Genau aus diesem Grund ist das kürzlich vom Parlament beschlossene Verbot von Knebelverträgen mit Buchungsplattformen wichtig. Der Hotelier will, dass der Gast bei ihm direkt zum günstigsten Preis bucht, anstatt

dass er Booking und Co. 15 Prozent Kommission zahlen muss. Auch die langfristige Absicherung des Mehrwertsteuer-Sondersatzes geht in diese gleiche Richtung. Beides sind Instrumente, die unsere Nachbarn schon längst haben.

Von der Senkung der hohen Produktionskosten sollen der Gast und der Hotelier profitieren. Die bis heute gesammelten 120 000 Unterschriften zeigen, dass der Konsument das genau gleich sieht. Am 12. Dezember wird die Initiative bei der Bundeskanzlei eingereicht. Damit ist ein weiterer Mosaikstein für faire Preise für alle gesetzt. Nur mit fairen Preisen wird die Kaufkraft des Schweizer Gastes verbessert und die Wettbewerbsfähigkeit der Branche erhöht. Denn schöne Berge, frische Alpenluft, moderne Transportanlagen und schöne Hotels haben unsere direkten Konkurrenten im Alpenraum ebenfalls.

JÜRIG DOMENIG ist Geschäftsführer von Hotelleriesuisse Graubünden.



DIE GESCHICHTE HINTER DEM BILD

Ein Foto durch die Decke

Es hiess einmal: Solange es dem Fotografen zu bequem sei, sei das Bild noch nicht gut genug. Dies muss ich mir ab und zu mal wieder hinter die Ohren schreiben. Vor zehn Jahren hatte ein Berufskollege die Kammerphilharmonie im Theater Chur durch eine Luke in der Saaldecke fotografiert. Und von da oben wollte ich auch unbedingt einmal fotografieren. Ich mag ungewöhnliche Perspektiven, bei denen sich der Betrachter fragt, von wo aus das Bild aufgenommen wurde. Für das Konzert vom Orchesterverein Chur erkundigte ich mich bei der Technischen Leitung vom Theater, ob es möglich wäre, ein Bild von der Saaldecke aus einzufangen. Aufgrund meines dezenten Verhaltens

als Fotograf war dies kein Problem. Nach einer Besichtigung des Dachstockes samt Bodenluke und einem Schluck Limo machte ich mich parat. Kurz vor Konzertbeginn nahm ich meine Position ein – hoch über den Köpfen des Publikums. Ich zwängte mich unter die schon ordentlich warme Theaterbeleuchtung und verrenkte mich bis das Bild für mich stimmte. Nach wenigen Fotos schlich ich mich mit der Taschenlampe wieder über den dunklen und knarrenden Estrich. Zu meiner Ernüchterung musste ich feststellen, dass meine Verrenkungen spektakulärer waren als das Ergebnis. YANIK BÜRKL



In dieser Rubrik berichten die Fotografen des BT jeweils freitags aus ihrem Alltag.

LESERBRIEFE Zum Wahlkampf, zu Madrisa und zum Naturschutz

Ordinäre Wahlkampf-Propaganda

Die SVP Graubünden hat den Kanton schon vor Jahren vor einem zusätzlichen Engagement bei Repower gewarnt. Die Empörung der SP-Fraktion über die Antwort der Regierung zu ihrer Anfrage im Zusammenhang mit Repower ist offenbar gross – zu Unrecht, da sie selbst Mitversacherin der riesigen Vermögensverluste des Kantons ist. Die SVP und insbesondere ihre Grossratsfraktion hat in den letzten Jahren immer wieder vor einem grösseren Engagement des Kantons bei Repower gewarnt – leider erfolglos. Die Regierung hat mit Gutheissung aller übrigen Parteien und nicht zuletzt auf Druck der grünen und linken Kreise immer mehr Repower-Aktien zusammengekauft. Nun, nachdem der Schaden angerichtet ist und der Kanton Hunderte von Millionen Verluste eingefahren hat, nutzt die SP das Malaise zur ordinären Wahlkampfpropaganda und schiebt die Schuld für die grossen Verluste des Kantons ganz einfach der Repower-Geschäftsleitung zu.

Die SVP kritisierte seit Jahren vehement den damals von der Regierung beabsichtigten Kauf der Alpiq-Beteiligung an Repower, wodurch der Kanton mit 58,3 Prozent die Aktienmehrheit erlangte. Die SVP befürchtete, dass dadurch Repower zum Spielball der Politik werden könnte. Dies ist nun der Fall; sämtliche

damals geäusserten Befürchtungen sind eingetreten – schlimmer noch, durch die 2016 durchgeführte Kapitalerhöhung und den Einstieg der zürcherischen EKZ bei Repower ist der Kanton nicht mehr Hauptaktionär und hat so auch wichtige Vorteile verloren. Wie die SVP Graubünden bereits beim Kauf der Alpiq-Aktien geltend machte, kann es nicht Aufgabe des Kantons sein, sich an Unternehmen zu beteiligen, um sich in die Geschäftsführung einzumischen. Die gesamte Schuld nun alleine der Repower-Geschäftsleitung zuzuschreiben und deren hohes Gehalt, welches auch aus Sicht der SVP in Bezug auf die erbrachte Leistung zu hoch ist, zu beklagen, ist zwar populistisch, aber entspricht nicht den tatsächlichen Fakten. Nur ein Teil der strategischen Fehler sind bei der jetzigen Geschäftsleitung zu suchen. Die wesentlichsten Fehler hat zum einen die alte Geschäftsleitung und zum andern die Regierung zu verantworten. Sämtliche Warnungen seitens der SVP sowie die erkennbaren Warnsignale wurden ignoriert. Dass alle Parteien ausser der SVP das Vorgehen des Kantons stillschweigend guthiessen, wird heute gerne verschwiegen. Nun, wo das Debakel angerichtet ist, wird von den Mitversachern heftig gejammert. Der SP würde, auch wenn Wahlkampf angesagt ist, etwas mehr Ehrlichkeit gut anstehen.

► JAN KOCH, IGIS, GROSSRAT SVP UND FRAKTIONSPRÄSIDENT

Madrisa – nein danke

Neulich unternahm ich eine Wanderung von Klosters via Schlappin nach Madrisa. Aber welche Enttäuschung: Der Prätigauer Höhenweg im Schlappintobel führte mich der asphaltierten Strasse entlang, obwohl es Alternativen gäbe. Das malerische Walserdörfchen Schlappin sowie die Landschaften bis über die Waldgrenze machten dann die Enttäuschung wieder wett. Doch als ich zur Madrisa-Bergstation gelangte, erfasste mich der blanke Horror: Die Alplandschaft wurde verschandelt und verbaut. Drei Betonklötze stehen scheinbar planlos im Gelände, dazu ein Kunstsee. Ein riesiges Gebäude für die Seilbahn. Asphaltierte Zugangswege zu den Gebäuden sowie Kletterturm und Spielanlagen. Ich bezweifle, dass Familien mit Kindern, welche offenbar die Zielgruppe sein sollen, Bauten solcherart wünschen. Beton und Asphalt haben sie in den Städten genug. Ich denke, dass die Gäste vielmehr die Natur suchen – wie ich auch!

Die Talfahrt mit der Seilbahn kostete 22 Franken. Billiger sei es nur mit der Gästekarte, lautete die lakonische Antwort. Es wurde keine Fahrkarte ausgehändigt. Falls ich unbedingt eine solche wünsche, müsse ich diese an der Talstation verlangen! Den Schlusseindruck hinterliess der Bahnhof in Klosters-Platz. Bäume ragen aus Betonkonstruk-

tionen, die Blumen darunter sind verdorrt. Die Baumstämme sind so eingepfercht, dass sie sich unmöglich entwickeln können und werden schon – oder immer noch – von Weihnachtsbeleuchtungen umzingelt. Die Anlage wirkt ungepflegt und vernachlässigt.

► SILVIA FUSARI, CHUR

Die Natur kennt keine nationalen Grenzen

Vor einer Woche berichteten diverse Zeitungen darüber, dass in Deutschlands Naturschutzgebieten die «Biomasse an Insekten» um stellenweise bis zu 80 Prozent verschwunden ist!

Was nützen Amphibienteiche und Vogelschutz, wenn die, die wir schützen wollen, schlichtweg nichts mehr zu fresen finden? Der Einsatz von Insektiziden, Fungiziden und Herbiziden – allein rund 70 in der Schweiz zu kaufenden Produkte enthalten Glyphosat – zeigt seine Wirkung! Bravo!

► CHRISTIANE MANI, CHUR

Leserbriefe sind beim «Bündner Tagblatt» willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und den Titel selbst zu setzen. Exklusive Zuschriften und Reaktionen auf im BT erschienene Artikel werden bevorzugt behandelt. Per Mail an: redaktion@buendnertagblatt.ch

IMPRESSUM

Bündner Tagblatt

Herausgeberin:

Somedia Press AG.

Verleger: Hanspeter Lebrument.

CEO: Andrea Masüger.

Redaktionsleitung:

Luigi Bürkli (Chefredaktor, lub), Norbert Waser (Stv. Chefredaktor, nw), Nadja Maurer (nm).

Redaktionsadressen:

Bündner Tagblatt, Sommeraustasse 32, 7007 Chur, Telefon 081 255 50 50, E-Mail: redaktion@buendnertagblatt.ch.

Verlag: Somedia, Sommeraustasse 32, 7007 Chur, Tel. 081 255 50 50, E-Mail: verlag@somedia.ch.

Kundenservice/Abo: Somedia, Sommeraustasse 32, 7007 Chur, Tel. 0844 226 226,

E-Mail: abo@somedia.ch.

Inserate: Somedia Promotion, Sommeraustasse 32, 7007 Chur, Telefon 081 255 58 58, E-Mail: chur.promotion@somedia.ch.

Reichweite: 159 000 Leser (MACH-Basic 2016-2).

Abopreise unter: www.buendnertagblatt.ch/aboservice

Die irgendetwas geartete Verwertung von in diesem Titel abgedruckten Inseraten oder Teilen davon, insbesondere durch Einspeisung in einen Online-Dienst, durch dazu nicht autorisierte Dritte, ist untersagt. Jeder Verstoß wird von der Werbegesellschaft nach Rücksprache mit dem Verlag gerichtlich verfolgt.

© Somedia